

# Thornener Presse.



## Abonnementspreis

für Thorn und Vorstädte frei ins Haus: vierteljährlich 2 Mart, monatlich 67 Pfennig pränumerando;  
für auswärts: bei allen Kaiserl. Postanstalten vierteljährlich 1,50 Mk. ohne Bestellgeld.

## Ausgabe

täglich 6<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr abends mit Ausschluß der Sonn- und Feiertage.

## Redaktion und Expedition:

Katharinenstr. 1.

Fernsprech-Anschluß Nr. 57.

## Insertionspreis

für die Spaltzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Inserate werden angenommen in der Expedition Thorn Katharinenstr. 1, Annoncen-Expedition „Zentralblatt“ in Berlin, Haasenfein u. Vogler in Berlin und Königsberg, M. Dufes in Wien, sowie von allen anderen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes. Annahme der Inserate für die nächstfolgende Nummer bis 1 Uhr mittags.

Nro. 19.

Mittwoch den 23. Januar 1895.

XIII. Jahrg.

### Herr v. Bötticher über den Ministerwechsel.

Die Ausführungen des Vizepräsidenten des Staatsministeriums v. Bötticher in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses lauteten wörtlich:

Zu meinem lebhaften Bedauern bin ich durch dringende Geschäfte abgehalten gewesen, der heutigen Sitzung von ihrem Beginn ab beizuwohnen, und ich habe infolge dessen auch die Ausführungen des Herrn Abg. Richter über die allgemeine Politik der Regierung selbst nicht gehört. Man hat mir gesagt, daß der Herr Abg. Richter den Wechsel, der in der Zusammenfassung des preussischen Staatsministeriums eingetreten ist, einer Betrachtung unterzogen habe, und daß aus seinen Ausführungen sich ergebe, daß er über die tatsächlichen Vorgänge bei diesem Wechsel nicht so unterrichtet ist, wie ich das gewünscht hätte. Der Herr Abg. Richter hat die Behauptung aufgestellt, daß die neuen Mitglieder des Staatsministeriums in das Ministerium berufen worden wären, ohne daß dem Ministerium selbst das Wort über ihre Berufung gegönnt sei. Diese Behauptung ist thatsächlich unrichtig. Die Vorschläge, welche über die Besetzung der erledigten Ministerposten gemacht worden sind, haben der Berathung des preussischen Staatsministeriums unterlegen. Der Herr Abgeordnete soll dann weiter, wie mir berichtet worden ist, geäußert haben, daß auch bei der Verabschiedung des früheren Ministerpräsidenten und des früheren Ministers der auswärtigen Angelegenheiten eine Zuziehung des preussischen Staatsministeriums nicht stattgefunden habe. Das ist thatsächlich richtig, erklärt sich aber sehr einfach. Ich kann mir denken, daß unter Umständen, namentlich in Fällen tiefergehender politischer Zerwürfnisse innerhalb des Kollegiums des Staatsministeriums, es nützlich ist, wenn das Kollegium über den Abgang einzelner Mitglieder und über die Ersatzvorschläge in Berathung tritt. Wenn aber, wie im vorliegenden Fall, die erwählten Personen selbst ihre Entlassung aus den ihnen anvertrauten Aemtern nachsuchen, und wenn Se. Majestät der König, der nach der Verfassung allein berechtigt ist, die Minister zu berufen und zu entlassen, geneigt ist, diesem Entlassungsgesuch stattzugeben, wenn also vollständiges Einverständnis zwischen der Krone und den beteiligten Ministern besteht, so ist mir nicht klar, was eine Berathung des Staatsministeriums über die Entlassungsgesuche noch für einen Zweck haben soll. Es bestand eben in dieser Beziehung vollständige Uebereinstimmung. Der Herr Abg. Richter hat dann weiter geäußert, daß die Art, wie die preussischen Staatsminister, die vor wenigen Monaten in das Kollegium eingetreten sind, berufen worden wären, keine Gewähr dafür gäbe, daß die Solidarität und das Einverständnis über die einzuschlagende Politik innerhalb des Staatsministeriums gesichert sei. Ich habe darauf zu erwidern, daß es zwar richtig ist, daß vor der Berufung der neuen Minister eine Aussprache zwischen ihnen und dem Kollegium des Staatsministeriums über die zu verfolgende Politik nicht stattgefunden hat, allein ich darf positiv behaupten, daß jeder einzelne von den Herren, die eingetreten sind, ebenso wie die im Amte verbliebenen Minister sich mit dem Ministerpräsidenten verständigt haben, und daß die Annahme des Anfinnens, in das Ministerium einzutreten, nicht früher erklärt ist, als bis sich die Kandidaten davon überzeugt hatten, daß sie die Politik des neuen Ministerpräsidenten von ganzem Herzen und aus voller Ueberzeugung mitmachen können. Es ist also nicht der mindeste

### Junge Anfänger.

Novelle von Gustav Böder.

Nachdruck verboten.

(2. Fortsetzung)

Die ganze Tabakniederlage war bei weitem nicht das werth, was die Einrichtung des Comptoirs kostete. Erstere bildete die Quintessenz des kleinen Gewölbes, welches mit dem Comptoir durch eine Glashür verbunden war. Auf der Ladentafel stand ein großer Glaskasten mit vielen Fächern, und diese enthielten, nach Qualität und Preis geordnet, ein wohl assortirtes Cigarrenlager.

Die eigentliche größere Niederlage bestand in einzelnen Probefischen, welche im Gewölbe zerstreut umherstanden, aber geschickt vertheilt, wie das spärliche Theaterpublikum an einem schwülen Juniabend.

Am zweiten Tage nach der Eröffnung des Etablissements glaubte Leidlich, der in seinem Comptoir emsig schrieb, das erste Anzeichen des erwachenden Geschäftsganges zu vernehmen. Der metallene Puls des jungen Dafeins, der an der Gewölbehür in Gestalt einer Glocke angebracht war, that seinen ersten Schlag.

Leidlich hielt den Athem an und lauschte. Er hörte seinen Associe Druck in lautem Gespräch mit einem Fremden, doch konnte er den Inhalt nicht verstehen: er unterschied nur einzelne Wörter wie: Cigarre — junge Anfänger — Kundschaft — schönes Wetter.

Der Fremde verweilte lange in angelegentlichem Gespräch mit Druck, der — wie Leidlich durch die Glashür beobachtete, sehr artig und zuvorkommend war, und dem andern jetzt eben ein brennendes Schwefelholz überreichte, woran dieser seine Cigarre anzündete, um sich dann zu empfehlen.

Druck bat um baldige Wiederholung des Besuchs und rieb sich vergnügt beide Hände.

Leidlich stürzte in den Laden.

Anlaß vorhanden, zu behaupten, daß eine Anzahl politisch heterogener Männer jetzt im Ministerium vorhanden sei, sondern ich kann versichern, daß wir alle über die einzuschlagende Politik durchaus einverstanden sind. Und, meine Herren, wenn man nun so weit gegangen ist, von neuem auch die Mitwirkung des Geheimen Rabinetsraths bei diesen Dingen in den Kreis der Betrachtung zu ziehen, so kann ich nur auf das verweisen, was ich bereits im Reichstage in dieser Beziehung gesagt habe: ich möchte den Herrn Abg. Richter doch bitten, derartige Bemerkungen lieber den Sitzblättern zu überlassen, als sie in eine ernsthafte politische Betrachtung einzuflechten. (Sehr richtig! rechts.) (Zuruf des Abg. Richter: „Sind mir zu ernsthaft dazu!“) Der Herr Abg. Richter soll behauptet haben: heute werde so regiert, morgen anders. Er hat von einem Zickzackkurs gesprochen. Es wäre, glaube ich, sehr nützlich gewesen, wenn er durch thatsächliche Anführungen und durch den Antritt des Beweises für diese thatsächlichen Anführungen seine Behauptung gestützt hätte. Solange das nicht geschehen ist, muß ich, der ich doch auch mitten in den Dingen stehe, mit Zug und Recht bestreiten, daß der Vorwurf, die Regierung verfolge einen Zickzackkurs, irgendwie zu begründen sei. Ich glaube, daß ich zu einem Urtheil hierüber umso mehr berechtigt bin, weil ich auf dem Gebiete der preussischen Verwaltung einem speziellen Ressort nicht vorgesetzt bin, also als Unbetheiligter den einzelnen Ressorts gegenüberstehe. Der Herr Abgeordnete hat dann gesprochen, wie man mir sagt, von der Unsicherheit, die durch die Art der Besetzung der Ministerposten entstehen müsse, und die unzweifelhaft im Volke vorhanden sei. Ja, meine Herren, ist denn diese Unsicherheit durch irgend welche Handlungen der Regierung zu begründen, oder ist sie nicht ein Produkt der Unruhe, die fortgesetzt von einem Theil der Presse genährt wird, und für die es absolut, meiner Meinung nach, einen ausreichenden Anlaß nicht giebt? Der Abg. hat auch die Gerüchte über Entlassung der Minister berührt, die in letzter Zeit verbreitet gewesen sind, und die hoffentlich ihren Abschluß in dem Dementi gefunden haben werden, das kürzlich der Reichsanzeiger gebracht hat. Ja, ich bin selber durch diese Kreisengerüchte überrascht gewesen; denn es ist, soweit ich wahrgenommen habe, nichts vorgegangen, was mich auf den Gedanken hätte bringen können, daß es in der Absicht Seiner Majestät läge, meinen Posten in andere Hände zu legen. Wenn das aber der Fall wäre, so würde ich das ruhig hingenommen haben, und ich kann nur wünschen, daß auch alle übrigen Beteiligte und Unbetheiligte sich lediglich an den Artikel 45 der Verfassung halten und es Seiner Majestät dem Könige überlassen, wann er seine Minister zu entlassen für nöthig findet, und welche Personen er zu berufen für gut hält. Es ist das Recht der Krone, die Minister zu ernennen und zu entlassen, und ich glaube, wir haben alle die Pflicht und haben namentlich die Pflicht so lange, wie diese Akte der Krone zu berechtigten Ausstellungen keinen Anlaß geben, uns bei den Entschliessungen der Krone zu beruhigen. (Bravo! rechts.)

### Politische Tageschau.

Die Blättermeldung, daß für das kommende Frühjahr eine Zusammenkunft der leitenden Staatsmänner der Dreieinigkeitsstaaten bevorsteht, ist, wie die „Nordb. Allg. Ztg.“ hört, unbegründet.

„Das erste Geschäft wäre gemacht!“ rief ihm Druck lachend entgegen.

Dabei deutete er auf eines der fortirten Cigarrenfächer im Glaskasten und auf einen auf dem Ladentische liegenden funkelneuen Zweipfenniger.

Leidlich machte, ohne ein Wort zu sagen, schnell Kehrt und zog sich im Sturmschritt wieder hinter seine Strazzen zurück.

Das Verhältnis zweier Compagnons hat viele Ähnlichkeit mit der Ehe, besonders was die Schattenseiten anlangt. Mit der Ehe hört die schwärmerische Liebe, mit einer Association die schwärmerische Freundschaft auf, die zwei solche Menschen zusammengeführt und mit einander verbunden hat. Da entdeckt der eine am andern neue Eigenschaften, die er bisher nicht herausgefunden hat, und über alle Eigenheiten, die man sonst belächelte oder gar lebenswüthig fand, runzelt man jetzt die Stirn. Zwei Associes gehören einander Tag und Nacht an, der eine muß sich nach dem andern richten, sie überwachen gegenseitig ihre Privatbeziehungen und ihren Aufwand, und wenn sie verheirathet sind, so thun dies mit noch schärferem Blick ihre Frauen.

Von unsern beiden Freunden stand zwar keinem eine Lebensgefährtin zur Seite, sie hatten vorläufig an sich selbst genug. Namentlich war Leidlich bemüht, seinen Associe unter den Pantoffel zu bringen, und dies führte nach den kurzen Flitterwochen zu kleinen Differenzen und Verstimmungen, während welcher die beiden oft mehrere Tage lang kein Wort zusammen sprachen. Leidlich schrieb dann vom Comptoir aus Herrn Druck lange Briefe, die dieser vom Laden aus beantwortete, indem er sie, mit Bleistiftbemerkungen versehen, jenem zurückgab. Kleine Erinnerungen, die man sich dann gegenseitig in Betreff der Geschäfte zu machen hatte, wurden mit Kreide auf die schwarze Tafel geschrieben, und dann — zum Zeichen, daß man sie gelesen hatte, durchgestrichen.

Gewöhnlich endete derartige stumme Zerwürfnisse eine ein-

Die sogenannte Sekundärbahnvorlage wird so gefördert, daß sie in naher Zeit dem Landtage zur Beschlußfassung wird unterbreitet werden können. Zum ersten Male werden in ihr Summen erscheinen, welche zur Förderung des Baues von Kleinbahnen bestimmt sind; sonst haben sich in ihr nur Forderungen für den Bau von Nebenbahnen, für den Bau und Ausbau von Bahnhöfen, für die Ausbesserung des Oberbaues, für die Beschaffung und Erneuerung von rollendem Material und dergl. befunden. In dem Staatshaushaltsetat ist allerdings bereits ein auf die Kleinbahnen befindlicher Posten eingestellt gewesen. Er ist zum ersten Male im Etat für 1894/95 aufgetaucht und betrug 200 000 Mk. In derselben Höhe erscheint er im Etat für 1895/96. Er ist zur Anlage und zur Theilnahme an Anlagen von Kleinbahnen sowie zu Beihilfen für dieselben bestimmt, sofern diese Bahnen von wesentlichem Interesse für die Forstverwaltung sind, ohne Zutritt der letzteren aber nicht ausgeführt werden können. Durch Einstellung des Postens in den Etat ist einem Beschlusse des Abgeordnetenhauses vom 26. Januar 1893 entsprochen. In der Zwischenzeit hat sich indessen herausgestellt, daß trotz der Theilnahme mancher weiteren Kommunalverbände die Unternehmungen in Kleinbahnen namentlich auch im Osten der Monarchie nicht in solchem Maße gefördert werden, wie dies für Landwirtschaft, Gewerbe und Handel erwünscht ist. Hier eingzugreifen, ist diesmal die sogenannte Sekundärbahnvorlage, die damit ihren schon früher nicht ganz zutreffenden Namen vollständig ablegen muß, bestimmt.

Die „Post“ kündigt die parlamentarische Behandlung von Beschwerden über die polonisirenden Wirkungen der Renten-guts-gesetzgebung in längerer Ausführung an. Das Blatt sagt u. A.: „... Jedenfalls ist es ein durchaus unhaltbarer Zustand, daß neben einander in Westpreußen und Posen die Ankaufskommission und Generalkommission kolonisiren, und zwar in einer Weise, daß durch die Thätigkeit der letzteren die Wirksamkeit der ersteren in zahlreichen Fällen geradezu lahm gelegt wird. Für die innere Kolonisation jener beiden Provinzen bedarf es daher unbedingt einer Aenderung der jetzt bestehenden Einrichtungen dahin, daß sie nach einheitlichen Gesichtspunkten und zwar unter voller Wahrung der vom Staate durch die noch voll zu Recht bestehende Gesetzgebung von 1886 anerkannten Aufgabe des Schutzes des Deutschtums in jenen Landestheilen durchgeführt wird. Wenn schon auch die Verschärfung des nationalen Gesenges in jenen Landestheilen, welche die Folge der neuerlichen Wiedererstarkung des Polonismus und der natürlichen Reaktion der deutschnationalen Elemente dagegen ist, voraussichtlich die Polenfrage noch zum Gegenstand lebhafterer Auseinandersetzungen, als in der vorigen Session des Landtages machen wird, so dürften bereits bei den Staatsverhandlungen angesichts der Mehrforderungen für die Generalkommission aus Anlaß der Renten-guts-gesetzgebung die Beschwerden über die Wirkungen derselben in den zweisprachigen Landestheilen zur Sprache gelangen.“

In einer in Reichen stattgefundenen Versammlung des Bundes der Landwirthe wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in welcher ausgeführt wird, die Versammlung erblicke die Ursache der augenblicklichen Nothlage der ge-

laufende Correspondenz, die demjenigen, der sie zuerst las, je nachdem ihr Inhalt angenehm oder unangenehm war, einen Ausdruck ausspreche. Der andere wurde dann neugierig und frug, was es gäbe. Damit war das tagelange Schweigen gebrochen.

Leidlich hochte den ganzen Tag hinter seinen Büchern, Druck flankirte in der Stadt herum und versäumte keine Gelegenheit, wo ein Geschäft zu machen war. Er war immer vergnügt und freute sich über die abgeschlossenen Geschäfte.

Leidlich fand sie nie groß genug und untersuchte vor allem, ob Druck unterwegs eingelehrt sei und nach Bier rieche, was sich häufig bestätigte.

Leidlich hatte alle alten Kleider, die er früher abgelegt hatte, wieder hervorgeholt, um sie vollends abzureißen, so daß er hinter seinem Pulte wie ein Lumpenkönig anzusehen war.

Druck hatte sich zur Feier seiner Selbstständigkeit von Kopf bis Fuß neu gekleidet und bediente die Kunden im Grad. Leidlich verzichtete, seit er die Ketten der Knechtschaft abgeschüttelt hatte, auf den Genuß der Cigarre und begnügte sich mit der Pfeife, die er mit dem wohlfeilsten Tabak stopfte.

Druck dagegen kostete das ganze Cigarrenlager durch und entschied sich für ein der feinsten Sorten, mit deren angenehmem Duft er fleißig die Gewölbeluft schwängerte.

Leidlich machte seinem Associe Vorwürfe, daß er sich so selten im Comptoir sehen ließe und ihn in den mannigfachen schriftlichen Arbeiten nicht unterstütze.

Druck dagegen lachte über Leidlich's überflüssige Belschreiberei, bespöttelte den Luxus, den dieser mit bronzenen Briefbeschwerern trieb, und bediente sich selbst zu gleichen Zwecken eines großen Steines, den Leidlich täglich mehrere Male zum Fenster hinauswarf. Besonders war die Copirpresse ein Gegenstand für Druck's Spottsucht. Es machte ihm Freude, Roskoffe daran zu suchen, als Zeichen allzuveltenen Gebrauchs, und wenn sich trotzdem die Copirpresse bewährte und er im Laden hörte,

samtlichen vaterländischen Volkswirtschaft hauptsächlich in der einseitigen Förderung des internationalen Güterauswechsels und der Großindustrie. Durch die Entwertung der Produkte der heimischen Landwirtschaft sei die Kaufkraft der Landbevölkerung gesunken, wodurch auch die auf den Absatz im Inlande angewiesene Industrie fühlbar mitgetroffen werde. Eine Abhilfe erblicke die Versammlung außer in der Stärkung des städtischen Mittelstandes lediglich in der Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft, die einzig und allein auf dem durch den Antrag Ranitz bezeichneten Wege möglich erscheine.

Wie leichtfertig die Sozialdemokratie, trotz ihrer arbeiterfreundlichen Maske, die ja nur zum Deckmantel des niedrigsten Geldbeutellinteresses der Führer und ihrer besoldeten Helfershelfer dient, mit den wahren Arbeiterinteressen umspringt, zeigt der letztjährige Verwaltungsbericht des Berliner Magistrats über das Eindringen politischer Tendenzen in die Verwaltung der Krankenkassen. Vielfach hätten die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei, darunter bekannte Agitatoren, die ausschließliche Verwaltung und Leitung der Kasse an sich gerissen; die Organisation der Kassen werde verwendet, um ein Feld für die Parteitagitation zu gewinnen und ein neues Bindemittel für die Genossen zu schaffen. Nicht zum Vortheil einer streng sachlichen Behandlung würden Kassenangelegenheiten, welche durchaus nichts mit der politischen Stellung des einzelnen Mitgliedes gemein haben, aus bestimmten politischen Gesichtswinkeln beurteilt und erledigt. In geschlossenen Kolonnen rückten die Genossen in die Generalversammlung; unverhohlen und ohne Widerspruch bei den Kassenmitgliedern zu finden, forderte ein Vertreter der Kasse die Uebrigen in der Generalversammlung auf, nach Kräften dafür zu sorgen, daß nur Gefinnungsgenossen in den Vorstand oder als besoldete Beamte in die Kassenverwaltung gewählt werden. Da die gewählten Genossen sich mehr durch Gefinnungstüchtigkeit als durch Fachkenntnis auszeichnen, so liegen die Kassenverhältnisse sehr darnieder.

Das ungarische Abgeordnetenhaus hat den bisherigen Justizminister v. Szilagyi zum Präsidenten mit 207 gegen 141 Stimmen gewählt. Die liberale Partei nahm die Wahl mit Begeisterung auf.

Der neue Präsident der französischen Republik Faure betonte in einer Unterredung mit einem Korrespondenten des „Neuen Wiener Tageblatts“, die auswärtige Politik Frankreichs bleibe dieselbe. Frankreich werde an dem großen Werke des Völkerfriedens und der Völkereintracht mitarbeiten, es sei die höchste Zeit, daß sich Frankreich entschlossen an die Arbeit mache.

Vom Kriegsschauplatz in China liegen folgende Meldungen vor: Fünfunddreißig Transportschiffe und fünfzehn Kriegsschiffe der Japaner trafen am Sonnabend Abend in der Bucht Jungtsching ein. Sonntag früh griffen drei japanische Schiffe die chinesischen Strandbatterien an und brachten dieselben zum Schweigen. Die Chinesen gaben den Widerstand auf. Fünfundzwanzigtausend Japaner sind in Jungtsching, fünf- undzwanzig englische Meilen von Weihewei entfernt, gelandet. Während der Kämpfe fiel reichlich Schnee. — Depeschen aus Shanghai vom 21. d. Mts. bestätigen die Landung des dritten japanischen Armeekorps. — Die neuen glänzenden Erfolge der Japaner zu Lande und zu Wasser sind weitere Beweise für die Kriegstüchtigkeit und Energie des Inselvolkes, dem man die Bewunderung nicht versagen kann. Der fast von allen Seiten für unmöglich gehaltene Winterfeldzug ist von den Japanern muthig aufgenommen worden, und das alte Römerwort „fortes fortuna adjuvat“ hat wieder einmal Recht behalten. — Wegen der in der Regierung in Peking hervorgetretenen Meinungsverschiedenheit warten die chinesischen Friedensunterhändler auf nähere Befehle in Shanghai, ehe sie die Reise nach Japan fortsetzen.

### Preussischer Landtag. Abgeordnetenhaus.

3. Sitzung vom 21. Januar 1895.  
(Eröffnung 11 Uhr 15 Min.)

Am Ministertische: Dr. Miquel, Thielen, von Hammerstein-Voxen, Schönstedt, Febr. v. Berlepsch und zahlreiche Kommissare.

Das Haus beginnt die erste Beratung des Etats.

Minister der öffentlichen Arbeiten Thielen dankt dem Hause, daß es mit Rücksicht auf die bereits am 1. April eintretende Neuorganisation

wie Leidlich, um einen zweizeiligen Brief zu kopiren, daran herumtschraubte und mit den Preßhebeln klapperte, so war dies für Druck's Lippen erst recht ein Grund zu einem satirischen Lächeln.

Der Gang der Geschäfte macht mit der Zeit eine dritte Arbeitskraft nötig, die nicht gerade mit akademischer Bildung, wohl aber mit einem paar kräftiger Fäuste ausgerüstet sein mußte. Druck schlug daher vor, einen Markthelfer zu engagieren.

Leidlich stimmte aber entschieden für ein anderes Auskunftsmittel, durch welches, anstatt Geld auszugeben, vielmehr Geld gewonnen würde.

Am nächsten Tage las man im Inseratenthell des Anzeigers, daß „für einen Sohn rechtlicher Eltern, der die Handlung erlernen wolle, unter günstigen Bedingungen durch die Herren Leidlich u. Druck ein passendes Unterkommen nachgewiesen werden könne.“

Es stellten sich in der That genug Bewerber ein. Einem Vater, der seinen wohlgearteten, mit trefflichsten Schulkennntnissen versehenen, aber körperlich sehr schwächlichen Sohn den Herren vorstellte, wurde mit Bedauern gesagt, daß die Lehrlingsstelle bereits vergeben sei. Einige schriftliche Bewerbungen, die in verschiedenen Sprachen abgefaßt waren, blieben unerwidert. Einem großen, hämmigen Burken endlich, der Herrn Leidlich um einen Kopf überragte und die ganze Welt mit aufgESPERRTEM Munde anlächelte, als wäre er eben aus dem Ei gekrochen, war das Glück vorbehalten, die Lehrlingsstelle auszufüllen, nachdem ihm in Gestalt eines höchst unorthographischen Briefes bereits die beste schriftliche Empfehlung vorausgegangen war. Er war der Sohn eines vermögenden Kohgerbers, und der Vater verstand sich herzlich gern dazu, die bedungenen zweihundert Thaler Lehrgeld zu zahlen, da der hoffnungsvolle junge Mann seiner Dummheit wegen bereits von einem andern Lehrherrn fortgejagt worden war und schwerlich wieder ein Unterkommen gefunden hätte.

(Fortsetzung folgt.)

bereit sei, den Eisenbahnetat schlemig zu berathen, und erläutere die Veränderungen im diesmaligen Etat, die sich theils als mechanische Folge der Neuorganisation, theils dadurch ergeben, daß das gesammte Rechnungs- und Wirtschaftswesen der Eisenbahnen vereinfacht und übersichtlicher gemacht wird. Der Minister sprach seinen Mitarbeitern und Beamten Anerkennung dafür aus, daß es ermöglicht werden konnte, die Neuorganisation pünktlich zum festgesetzten Tage ins Leben treten zu lassen.

Abg. Richter (freis. Volkspartei) betreibt in seiner Kritik des Gesamtetat's die Versicherung des Finanzministers, daß der Fiskus bei der Steuerreform kein gutes Geschäft gemacht habe. Die Besorgnisse des Ministers hinsichtlich der Ausgestaltung des Kommunalsteuerwesens theile er; die Gemeinden würden jetzt allerlei ausfinden, die indirekte Besteuerung für sich auszubehüten, und die Regierung käme mit ihren dagegen gerichteten Reskripten zu spät. Es wäre besser, wenn der Minister nicht soviel verlorene Zeit auf die Reichsteuerverträge verwendet, sondern sie der Kommunalsteuerreform gewidmet hätte. Der Redner spricht alsdann gegen die Reichsfinanzreform; der Mehrheit des Reichstags werde es gelingen, auch ohne solche das Gleichgewicht herzustellen, und sie werde mit ihren Schätzungen der Einnahmen Recht behalten. Im Etat sei das Defizit künstlich aufgebunscht. Die Regierung lege jetzt über die Dreifachheit, mit der sich Sonderinteressen bei der Ausgestaltung der Gemeindesteuer geltend machten; allein sie selbst habe solche Sonderinteressen begünstigt, vor allem bei den Agrariern. Mit dem Verlangen nach Staatshilfe werde der sozialdemokratische Zukunftsstaat im Interesse der Besitzenden proklamirt. Der neue Reichszentral- und Ministerpräsident werde sich ein Verdienst erwerben, wenn er darauf hinwirke, daß die Kollegialverfassung und die Solidarität des Ministeriums mehr als bei dem letzten Ministerwechsel zur Geltung käme und der Fiskuskurs aufhöre.

Abg. Febr. v. Bedlich (freikons.): Man nähre den Patriotismus nicht, wenn man dem Volke immer von Steuermüdigkeit und von Unsicherheit in den obersten Kreisen rede. Bei der preussischen Politik könne man von einem Fiskusaktus nicht reden, und wenn der Ausdruck für die Reichspolitik mit einem Schein von Berechtigung angewandt sei, so sei das Schuld der linksliberalen Presse, die ganz zu Unrecht den Abschluß der Handelsverträge für eine grundsätzliche Wendung der Handelspolitik ausgegeben habe, während doch nach wie vor am Schutze der nationalen Arbeit festgehalten werde. Der Redner warnte vor Plüschmacherei im Voranschlage der Steuererträge, indem er auf die schwierige Stellung der Zuckerindustrie und auf die Wahrscheinlichkeit hinwies, daß die Einnahmen aus Forsten und Domänen und ebenso auch die aus der Einkommensteuer in den nächsten Jahren zurückgehen würden. Von Absichten in den Ausgaben könne nicht die Rede sein, wenn der Staat nicht mit der Lösung dringender Kulturaufgaben im Rückstande bleiben solle. Wenn die Reichsfinanzreform nicht zu Stande komme, müßten wir in Preußen am Ende die Einkommen bis zu 900 Mark wieder zur Steuer herangezogen.

Finanzminister Dr. Miquel erklärt, die Einwendungen des Abg. Richter über die Absichten des Fiskus für ein fort und fort wiederholtes Mißverständnis. Den Gemeinden seien für die Kommunalbesteuerung die zuverlässigsten Musterstatuten an die Hand gegeben worden, und es sei nicht zu zweifeln, daß in fünf bis sechs Jahren die Kommunalbesteuerung wohlgeordnet sein werde. Die Reichsfinanzreform entspreche nicht etwa bloß, wie behauptet worden, dem Bedürfnis Preußens, sondern dem sämmtlicher Einzelstaaten. Wenn es soweit gekommen sei, daß die Ausgaben die Einnahmen übersteigen, so sei es Schwäche oder Leichtfertigkeit, eine Zerrüttung der Finanzen entstehen zu lassen. Die Beamten, die schon lange auf die Verbesserung ihrer Gehälter warteten, hätten sich mit ihren Klagen an eine ganz andere Stelle, als an die Regierung zu wenden. In keiner Zeit sei es dringender gewesen als jetzt, die dauernden Einnahmen zu erhöhen.

Abg. Sattler (natl.) äußert sich im Allgemeinen zu der Etatsaufstellung zustimmend, spricht für die Vermehrung der Richterstellen, für die Aufbesserung der Beamtengehälter, für die Nothwendigkeit der Finanzreform, für deren Zustandekommen es ein hoffnungsvolles Ereignis sei, daß die obersten Ämter im Reiche und in Preußen wieder vereinigt worden, und versicherte dem neuen Ministerpräsidenten, daß er das vom Hause geforderte Vertrauen finden werde.

Staatsminister von Büttcher giebt eine Erklärung ab, die sich gegen die Auslassungen des Abg. Richter über die allgemeine Politik und über die Veränderungen im Staatsministerium richtet. Die Neu-berufungen hätten der Verathung des Staatsministeriums unterlegen, die neuiretenden Minister hätten sich vor der Annahme ihres Amtes des Einverständnisses mit dem Reichszentral- und Ministerpräsidenten versichert. Es sei nicht der mindeste Anlaß, das Ministerium als aus politisch betrogenen Männern zusammengesetzt zu bezeichnen. Für den Ausdruck Fiskusaktus fehle es an jeder thatsächlichen Grundlage. Wenn man von einer allgemeinen Unsicherheit spreche, so sei dies das Produkt der von der Presse genährten Unruhe. Für die Entlassung und Berufung von Ministern sei lediglich Artikel 45 maßgebend, wonach der Krone die Entlassung und Ernennung von Ministern anbeimgelassen ist. (Einen ausführlichen Bericht über diese Rede finden unsere Leser an erster Stelle.)

Abg. Graf zu Limburg-Stirum (kons.): Die Zahlen des Domänenetat's beweisen die traurige Lage der Landwirtschaft und, daß die von Herrn Richter getadelte agrarische Begehrlichkeit nur eine berechtigte Interessensvertretung sei. Was die kommunale Grundsteuer angehe, so hätte man den Gemeinden die richtigen und bewährten Grundsätze der Landschaft für die Veranlagung vorschreiben sollen. Forderungen für Kanalbauten werde die konservative Partei nur bewilligen, wenn die Interessenten entsprechend herangezogen würden und eine angemessene Vergütung sicher stehe. Ebenso könne sie den für das Schulwesen verlangten großen Dispositionsfonds nicht bewilligen, da sie an ihrer Forderung nach einem vollständigen Schulgesetz festhalte. Die gesammte Finanzlage ergebe die Nothwendigkeit der Reichsfinanzreform; wenn der Reichstag letztere ablehne, so stelle er nicht die Mehrheit der Volkmeinung dar. Die Darlegungen des Staatsministers v. Büttcher über den Ministerwechsel billige er, Redner, vollständig; seine Partei sei befriedigt über die Wiedervereinigung der obersten Staatsämter in der Person des Fürsten zu Hohenlohe und darüber, daß man nicht mehr beflissen sei, den Rath des in politischen Dingen klügsten deutschen Mannes, des Fürsten Bismarck, zu umgehen. Die in den letzten 5 Jahren begangenen wirtschaftspolitischen Fehler ließen sich nicht im Fluge beseitigen, aber für die Landwirtschaft müsse prompt und schnell etwas geschehen, und das sei nur möglich auf Grund des Antrages Ranitz.

Dienstag 11 Uhr: Fortsetzung der ersten Lesung des Etats.

### Deutsches Reich.

Berlin, 21. Januar 1895.

— Se. Majestät der Kaiser nahm während des gestrigen Krönungs- und Ordensfestes im königlichen Schlosse die Meldungen des neu ernannten Unterstaatssekretärs Humbert, des Generalkonsuls in Budapest, Prinzen Ray von Ratibor, und des Regierungspräsidenten in Gumbinnen, Hegel, entgegen und unterhielt sich längere Zeit mit dem Präsidenten der Hauptverwaltung der Staatsschulden, v. Hoffmann. Nachmittags unternahm Se. Majestät eine Spazierfahrt und wohnte abends der Aufführung der „Hermannsschlacht“ im königlichen Schauspielhause bei. Heute früh machten beide Majestäten einen Spaziergang durch den Thiergarten. Nach dem königlichen Schlosse zurückgekehrt, nahm der Kaiser den Vortrag des Chefs des Geheimen Zivilkabinet's Dr. v. Lucanus und anschließend daran die Marinevorträge entgegen.

— Die Zahl der beim Ordensfeste verliehenen Orden- und Ehrenzeichen war größer als je zuvor. Sie betrug 1 905 gegen 1 732 im Jahre 1894, 1891 im Jahre 1893 und 1741 im Jahre 1892. Unter den Decorirten befinden sich sehr viele Offiziere. Rother Adler-Orden sind 977 verliehen, nämlich 1 Großkreuz, 7 erster Klasse, 23 Sterne zur zweiten Klasse, 1 zweiter Klasse mit dem Stern, 68 zweiter Klasse (ohne Stern), 150 dritter Klasse und 690 vierter Klasse. Die Zahl der verliehenen Kronenorden beträgt 321, nämlich 12 erster Klasse, 11 Sterne zur zweiten Klasse, 9 zweiter Klasse mit dem Stern,

39 zweiter Klasse, 143 dritter Klasse, 105 vierter Klasse. Der Hohenzollernsche Hausorden ist 28 mal verliehen, darunter 4 mal der Adler der Ritter, 2 mal das Kreuz der Inhaber und 20 mal der Adler der Inhaber. Das goldene Ehrenzeichen haben 75, das silberne Allgemeine Ehrenzeichen 596 Personen erhalten.

— Den deutschen Instrukteuren im Dienst der chinesischen Kriegsmarine Wilhelm Fleischer und Antonius Helmert hat der Kaiser den Kronenorden 4. Klasse verliehen.

— Der Kaiser wird am 23. d. M. vormittags 9 Uhr in Potsdam die Rekruten des 1. Garderegiments z. F. besichtigen.

— Der König von Württemberg kommt am 26. Januar zur Beglückwünschung des Kaisers nach Berlin.

— Von der bevorstehenden Abbanlung des Königs von Griechenland ist der „Post“ zufolge in hiesigen unterrichteten Kreisen nichts bekannt.

— Der kommandirende General des 6. Armeekorps, General der Artillerie von Lewinski, und, wie verlautet, noch 3 kommandirende Generale, beabsichtigen ihre Entlassung nachzusuchen. Das Rücktrittsgesuch des ersteren steht fest.

— In Bremen hat die Bürgerchaft einstimmig beschlossen, dem Ehrenbürger der Stadt, Fürst Bismarck, zum 80. Geburtstag eine Glückwunschsadresse, ähnlich derjenigen, die Feldmarschall Moltke zum 90. Geburtstag erhielt, zu senden. Der Senat soll gebeten werden, die Adresse zu übermitteln.

— Die Abgg. Graf Limburg-Stirum und Geh. Ober-Regierungsrath Camp haben gestern den Fürsten Bismarck in Friedrücksruh besucht.

— Der „Reichsanzeiger“ publizirt die Ernennungen des Wirkl. Geh. Ober-Reg.-Raths Dr. Hofeus und des Barons Jörn von Bulach zu Unterstaatssekretären im Ministerium für Elsaß-Lothringen.

— Durch die Ernennung des Reichstagsabgeordneten Baron Jörn von Bulach zum Unterstaatssekretär im Ministerium für Elsaß-Lothringen ist dessen Mandat erloschen und eine Nachwahl erforderlich. Er vertrat den Wahlkreis Erbsheim-Molsheim und erhielt 1893 als konservativer Kandidat 13 683 Stimmen, während der elsässische 6365 und der sozialdemokratische 3 103 Stimmen bekamen.

— Befehls Besprechung der ministeriellen Reformpläne betreffend die Handelskammern fand heute Mittag eine Besprechung aller preussischen Handelskammern unter Vorsitz der Doppeler Natl. Auf Wunsch des Handelsministers waren die Verhandlungen vertraulich.

— Der verstorbene Oberbürgermeister von Magdeburg, Büttcher, zweiter Vizepräsident des Herrenhauses, hat ein Alter von 65 Jahren erreicht. Er gehörte, wie es in dem Nachrufe des Herrenhaus-Präsidenten heißt, vom Jahre 1888 ab dem Herrenhause an und wurde seit 1890 durch wiederholte Wahl zum zweiten Vizepräsidenten desselben berufen. In dieser Stellung erfreute er sich des unbedingten Vertrauens und der vollsten Zuneigung der Mitglieder der Hauses. Von warmem Interesse für die parlamentarischen Aufgaben erfüllt, wirkte er jederzeit mit dem regsten Eifer für dieselben. Die Stadtverordnetenversammlung von Magdeburg hat einstimmig die Bestattung Büttchers auf Kosten der Stadt genehmigt.

— Die wirtschaftliche Vereinigung des Reichstages zur endgiltigen Verathung des Antrages Ranitz ist auf morgen, den 22. einberufen worden.

— Die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg.“ widerspricht der in der Deutschen Tages Ztg. erhobenen Anschuldigung, Deutschland habe bei den bisherigen Vertragsabschlüssen den Balkanstaaten gegenüber verabsäumt, die nöthigen Garantien gegen willkürliche Belastung der deutschen Ausfuhr mit Gemeinbeabgaben zu schaffen. Das Blatt bezeichnet diese Anschuldigung als eine leichtfertige.

### Ausland.

Wien, 20. Januar. Die vor wenigen Tagen geborene Tochter des Barons von Seefried, Gemahls der Prinzessin Elisabeth von Bayern, ist gestern Nachmittag in Troppau gestorben.

Rom, 21. Januar. Das „Amtsblatt“ veröffentlicht heute ein Dekret vom 13. Januar, durch welches die Session des Parlaments geschlossen wird.

Paris, 21. Januar. Der frühere Präsident Casimir Perier verließ mit seiner Familie heute Vormittag 11<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr das Elysee, auf Befehl des Präsidenten Faure wurden ihm beim Verlassen des Hauses militärische Ehren erwiesen.

Paris, 21. Januar. Der begrabirte Hauptmann Dreyfus traf am Freitag Abend in La Rochelle ein, um von da nach der Insel Ré transportirt zu werden. Da die Menge ihn erkannt hatte, wartete man längere Zeit im Bahnhofgebäude; als Dreyfus aber hinausgeführt wurde, stürzte sich die Menge auf ihn, mit Stöcken und Regenschirmen schlagend und „Tödtet ihn!“ rufend. Die Gensdarmen konnten Dreyfus nur mit großer Mühe schützen.

Belgrad, 21. Januar. König Alexander reist am 25. Januar nach Biarritz zu einem mehrtägigen Besuche seiner Mutter. Auf der Rückreise nimmt der König Aufenthalt in Paris.

Konstantinopel, 21. Januar. Der Direktor der hiesigen britischen Postverwaltung, Coit, ist gestern durch die türkische Behörde verhaftet worden. Der Grund dieser Maßnahme ist nicht bekannt.

### Provinzialnachrichten.

□ Culmbach, 21. Januar. (Schiedens.) Der Vorstand des hiesigen Vorshubsvereins hat in diesen Tagen seinen Mitgliedern den Geschäftsbericht pro 1894 zugefandt. Aus dem Bericht ist zu ersehen, daß das verfloßene Geschäftsjahr für den Verein minder vorthellhaft verlaufen ist, als seine acht Vorgänger; denn während desselben ist dem Verein durch die bekannten raffinierten Wechselfällungen des Ingenieurs Nidel ein herber Verlust erwachsen, zu dessen Dedung nach Paragraph 7 Absatz 4 des Genossenschaftsgesetzes vom 1. Mai 1889 und Paragraph 57 unseres Vereinsstatuts der Rechnungsbüchhalter des laufenden Geschäftsjahres von 8232,27 Mark und etwa die Hälfte des Reservefonds erforderlich ist. Wie hoch die gesammte Verlustsumme sich beläuft, kann zur Zeit noch nicht festgestellt werden, da noch ein Wechselprozeß beim Landgericht in Elbing schwebt und die Höhe des Erlöses aus der Nidelschen Kontursumme noch unbekannt ist. Infolge dieses Verlustes und des damit verbundenen Dividendenausfalls für das Jahr 1894, vielleicht auch wegen des gleichzeitigen Zusammenbruchs des Culmer Vorshubsvereins, schiedens aus unserem Verein mit Ende dieses Geschäftsjahres, hat sich alljährlich 12—14 Mitglieder, deren 32 freiwillig aus. Auch sind weniger Mitglieder als in den letzten Jahren beigetreten. Immerhin gehören dem Verein noch 395 Mitglieder mit ca. 60 600 Mk. Guthaben an. An Depositen sind neu 93 150,80 Mark eingezahlt, das



